

die Kirchen mit. Bei den Verhandlungen suchte der Bund vor allem politische Häftlinge mit Langzeitstrafen freizukaufen und die Aufnahme von Kriminellen in die Listen zu verhindern. Das Druckpotential der DDR nahm in den achtziger Jahren erheblich ab, da die vereinbarten Warenlieferungen angesichts ihrer prekären Wirtschaftslage zusehends wichtiger wurden. Die DDR akzeptierte nolens volens den Anspruch der Bundesrepublik, für alle Deutschen verantwortlich zu sein. Der durchschnittliche Pauschalpreis für jeden politischen Häftling belief sich 1977 auf 95 847 DM und blieb auch in den achtziger Jahren etwa identisch. Koch zeigt, wie eng der Freikauf der politischen Häftlinge, die Familienzusammenführung und der zunehmende Ausreisedruck miteinander verknüpft waren. *Enno Eimers*

445 Lutz Haarmann: *Teilung anerkannt, Einheit passé? Status-quo-oppositionelle Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland vom Grundlagenvertrag bis zur Friedlichen Revolution.* 377 S., Duncker & Humblot, Berlin 2013, 39,90 €.

Lutz Haarmann entreißt einem wichtigen Teil der Geschichte des politischen und wissenschaftlichen Lebens der Bundesrepublik dem Vergessen. Er widmet sich in seiner Analyse demjenigen Zeitraum bundesdeutscher Geschichte, in dem seitens der Bundesrepublik eine Art Stillhalteabkommen mit der DDR bestand, das Haarmann so charakterisiert: Das 1949 im Grundgesetz festgeschriebene Wiedervereinigungsziel wurde nicht angetastet, aber die Deutschlandpolitik beschränkte sich seitens der Bundespolitik auf die Stabilisierung des status quo. „Wissenschaftlich“ begründet wurde dies mit geschichtspolitischen wie auch formal juristischen Argumenten. Für ein Wiedervereinigungsziel als Grundlage handelnder Politik fanden sich Gruppen und Persönlichkeiten zusammen. Ihr politisches Spektrum war weit gefächert. In den teils nur locker organisierten, teils stärker strukturierten Organisationen engagierten sich Vertreter fast aller politischen Richtungen der Bundesrepublik von dem rechten Spektrum zuzuordnenden „deutschlandpolitischen Arbeitskreis“ der CDU bis zu den der äußersten Linken zuzurechnenden Aktivisten der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, für die die Mauer kein „antifaschistischer Schutzwall“ war. Wie geht Haarmann an seine Untersuchung heran? Zunächst wird die Deutschlandpolitik derjenigen Partei oder Institution vorgestellt, der die „Arbeitskreise“ nahe stehen. Dann werden Gründung und Zielstellungen beschrieben. Es folgt eine Darstellung der Aktivitäten und der Auseinandersetzungen mit der Partei bzw. Institution, in deren Rahmen die Gruppierungen agieren und deren Politik sie zu beeinflussen suchten. Anschließend werden herausragende Persönlichkeiten der Gruppierung und ihre Verdienste vorgestellt. Ein abschließender Abschnitt befaßt sich mit der Beobachtung der Gruppierungen durch das MfS, die fast ausnahmslos erfolgte. Ebenfalls zum Untersuchungskonzept von Haarmann gehört ein Abschnitt über das Wirken der auf die Verfolgung des Vereinigungsziels ausgerichteten Organisationen während der Friedlichen Revolution, in der die Wiedervereinigung wieder Bestandteil der Realpolitik wurde. Man könnte meinen, nun breche für die bis dahin am Rande agierenden Organisationen eine Hochzeit an. Doch weit gefehlt: Auch sie werden in der Regel von der Plötzlichkeit der revolutionären Bewegung bzw. dem deutschlandpolitischen Umschwenken der Bundesregierung überrascht. Sie selbst sind es dann, die angesichts des bevorstehenden Beitritts der DDR zur Bundesrepublik 1990 beginnen, die Existenzberechtigung ihrer Arbeitskreise in Zweifel ziehen. Die gewissermaßen um ihren Auftrag gebrachten Organisationen sanken wie Haarmann feststellen muß, „in die Bedeutungslosigkeit“ herab. Der Abschluß des ansonsten materialreichen Buches fällt etwas kurz aus und läßt manche Fragen offen. *Jörg Roesler*

> Das Historisch-Politische Buch <
63. Jg | 4/2015